

BILDUNGSDEPARTEMENT DES KANTONS ST.GALLEN

Kantonaltagung Kantonaler Mittelstufenkonvent, KMK vom Samstag, 5. März 2011,
08.30 Uhr in der Aula der Universität St.Gallen

Aktuelles aus dem Bildungsdepartement

Von Regierungsrat Stefan Kölliker, Vorsteher des St.Galler Bildungsdepartementes

Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Lehrerinnen und Lehrer
Liebe Gäste

„Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“

Dieses fast dreihundert Jahre alte Zitat von Benjamin Franklin, einer der Mitunterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, ist heute wieder aktueller denn je. Wir befinden uns in unserem Kanton mitten in der Diskussion, welche Aufgaben der Staat in Zukunft wie erfüllen soll. Als Folge des strukturellen Defizits, mit welchem der Kanton St.Gallen konfrontiert ist, müssen wir Einsparungen vornehmen und – wo angebracht – Leistungen abbauen. Wir befinden uns im Moment mitten in einer solchen Sparrunde.

In diesem bereits erfolgten Prozess, einem ersten Sparpaket, welches in der Februar-session im Kantonsrat behandelt wurde, waren alle Bereiche gefordert, ihre Abstriche zu machen – auch die Bildung. Die Regierung hat auch hier Massnahmen zum Verzicht dem Kantonsrat zugeleitet – die meisten wurden gutgeheissen. Aufgrund der Berichterstattung in den Medien konnte der Eindruck entstehen, es würde vor allem in der Bildung gespart. Im Bezug auf das erste Massnahmenpaket kann festgehalten werden, dass es richtig ist, dass der Bildungsbereich mit 17 von 54 Massnahmen betroffen war. Im Bereich der finanziellen Auswirkungen und einem drohenden Leistungsabbau sind wir jedoch mit einem blauen Auge davon gekommen, davon bin ich überzeugt. Das Bildungsbudget gehört beim Kanton neben der Gesundheit zu den grössten Budgetposten, über 800 Millionen Franken geben wir jährlich für die Bildung aus. Dazu kommen noch über eine Milliarde Ausgaben der Gemeinden für die Volksschule des Kantons St.Gallen.

Aufgrund der Verbundaufgabe zwischen Gemeinden und Kanton betrifft das erste Sparpaket im Bereich der Volksschule auch primär eine Umverteilung der Kosten zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Der Kanton sieht hier vor, den Gemeindebei-

trag für die Sonderschülerinnen und Schüler zu erhöhen. Im Gegenzug überprüft der Kanton, übergeordnete Aufgaben (wie Schulpsychologischer Dienst, Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung, Fremdevaluation, Schulverwaltungssoftware, etc.) vollständig zu übernehmen. Ziel dieser Massnahme ist es, den Kantonshaushalt um jährlich 10 Millionen Franken zu entlasten. Weitere Entlastungsmassnahmen der Regierung im Bereich der Volksschule sehen vor, dass die Bezügerinnen und Bezüger des Beratungsdienstes ab der 6. Stunde einen Unkostenbeitrag leisten müssen.

Eine umstrittene Massnahme war die Einstellung des Medienverleihs, welche zu einer Verunsicherung in Lehrerkreisen geführt hat. Auf interkantonaler Ebene - im Rahmen des Projektes Lehrplan 21 – soll eine webbasierte Austauschplattform geschaffen werden. Diese soll die bereits bestehenden Plattformen der einzelnen Kantone oder Regionen (z.B. dem Zentralschweizer Bildungsserver zebis) ersetzen resp. vereinen. Dabei ist vorgesehen, dass Medien per Streaming oder Download für die Lehrpersonen zur Verfügung stehen werden. Leider ist es im Moment jedoch noch offen, wann genau eine solche Lösung zur Verfügung stehen wird. Bildungsdepartement und Erziehungsrat anerkennen nach wie vor die grosse Bedeutung der Medien für einen lebendigen Unterricht.

Aufgrund dieser neuen Zeitplanung auf interkantonaler Ebene, sieht das Bildungsdepartement vor, Überbrückungsmassnahmen zu treffen und die Medienzentrale nicht bereits auf den 1. Januar 2012 zu schliessen, sondern erst, wenn eine interkantonale Alternativlösung definitiv zur Verfügung steht. Die vom Kantonsrat beschlossene Einsparung wird im Lehrmittelverlag anderweitig kompensiert.

Nun steht die Regierung vor einem zweiten Sparpaket: Der Kantonsrat hat gegen den Willen der Regierung ein zusätzliches Sparpaket im Umfang von 50 Millionen Franken jährlich beschlossen. 35 Millionen Franken davon sollen im Personalbereich eingespart werden. Wo und wie diese Millionen eingespart werden, ist noch völlig offen. Weitergehende Einsparungen ohne Leistungsabbau sind nicht möglich. Klar ist, dass auch das Staatspersonal einen Beitrag leisten muss, sei es durch Stellenabbau oder durch eine Gehaltsreduktion. Diese negative Entwicklung beim Staatspersonal wird die Realisierung auch von gerechtfertigten Gehaltsverbesserungen auf der Seite der Lehrpersonen erschweren. Für mich ist jedoch eines klar, und das möchte ich hier und heute deutlich festhalten: Auch wenn im neuen Sparpaket insbesondere im Personalbereich gespart werden muss, so müssen die Löhne der Lehrpersonen dabei ein Tabu sind. Diese dürfen nicht Teil eines möglichen Massnahmenmix sein.

So möchte ich auch festhalten, dass die Bildung vom zweiten Sparpaket im Grundsatz nicht mehr betroffen sein darf, wir haben unsere Hausaufgaben bereits bei der ersten Tranche gemacht. Ich bin daher überzeugt, dass wir den richtigen Weg gegangen sind und unseren Beitrag geleistet haben. Denn Regierung wie auch die Mehrheit des Kantonsrates sind sich bewusst, dass *„eine Investition in Wissen immer noch die besten Zinsen bringt.“*

Im Wissen um die grosse Bedeutung von Investitionen in Bildung ist es mir auch wichtig, die Lehrpersonen zu stärken. Ich habe soeben erwähnt, dass ich mich an allen Fronten für sie einsetze. Denn sie sind die tragenden Pfeiler unseres Schulsystems. Ich bin überzeugt, dass die Lehrpersonen einen wichtigeren Beitrag zum Schulerfolg einer Schülerin oder eines Schülers beitragen als die Art des Systems resp. des Schulmodells.

Der Lehrberuf hat sich in den letzten Jahren jedoch stark verändert. Lehrpersonen sind aufgrund des gesellschaftlichen Wandels, aber auch aufgrund bildungspolitischer und struktureller Änderungen täglich herausgefordert. Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe unter meiner Leitung hat sich mit den Fragen auseinandergesetzt wie Steigerung der Attraktivität des Berufes, Positionierung in der Gesellschaft, Aufgaben und Herausforderungen der Lehrpersonen im Umfeld «Schüler-Eltern-Schulleitung-Schulrat», Geschlechterverteilung, Laufbahngestaltung, Weiterbildung, Belastungen und Entlastungsmassnahmen. Als erste Massnahme hat die Arbeitsgruppe letzten Sommer beschlossen, den direkt betroffenen Lehrpersonen in einer Online-Umfrage Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äussern, wo sie den grössten Handlungsbedarf orten.

Knapp 3000 Personen haben an der Umfrage teilgenommen. Über 1200 Personen haben bei der letzten offenen Frage eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Die qualitative Auswertung sowie die Auswertung der eingegangenen, umfangreichen schriftlichen Bemerkungen erfolgten durch die PHSG. Eine Analyse der Antworten hat gezeigt, dass die Antworten plausibel sind und dass die offene Form, bei der jedermann teilnehmen konnte, kaum zu einem möglichen Missbrauch geführt hat.

Die Umfrage zeigt den grössten Handlungsbedarf beim Erhalt der Attraktivität des Lehrberufs, bei Fragen im Zusammenhang mit dem Berufsauftrags, bei den Löhnen, der Mitsprache bei Reformen, der Weiterbildung sowie bei dem Umgang mit Heterogenität. Erfreulich ist, dass die klare Mehrheit der Lehrpersonen aussagt, dass sie den Lehrberuf auch heute nochmals wählen würde.

Diese Umfrage dient uns als Basis für die Erarbeitung eines Massnahmenpaketes zur Entlastung der Lehrpersonen. Es geht mir darum, Massnahmen zu ergreifen, damit der Beruf Lehrerin oder Lehrer wieder attraktiver wird, aber auch um die Lehrpersonen in der täglichen Arbeit zu entlasten. Das Massnahmenpaket wird ein Mix aus verschiedenen Bereichen sein. Wir werden nicht einfach die Löhne erhöhen und alles ist gut. Gerade in der angespannten finanziellen Lage, wie ich sie am Anfang meines Referates ausgeführt habe, zeigt es sich, dass hier nur beschränkt Spielraum besteht. Denn ich bin überzeugt, es gibt andere Massnahmen, die den Lehrpersonen im Alltag mehr bringen.

Das Massnahmenpaket wird am 1. April vorgestellt. Wir sind bezüglich der Massnahmen mit dem KLV und dem SGV im Gespräch. Ich möchte, dass es eine tragfähige und mehrheitsfähige Lösung gibt. Doch muss ich Ihnen auch heute schon sagen, dass die

definitive Einführung nicht in allen Bereichen alleine in meiner oder der Kompetenz des Erziehungsrates liegt. Überall wo es Gesetzesanpassungen braucht, also im Bereich Berufsauftrag und bei der Anpassung der Löhne, da braucht es die Zustimmung des Kantonsrates. Ich versichere Ihnen jedoch, dass ich mich einsetzen werde, dass dieses Massnahmenpaket möglichst eine politische Mehrheit finden und umgesetzt werden wird.

Nach diesen Ausführungen möchte ich Ihnen auch noch zu den wichtigsten Schulentwicklungsprojekten kurz die wichtigsten Neuigkeiten mitteilen. Wir haben festgestellt, dass die Entscheide des Erziehungsrates zwar mit sogenannten Erziehungsratsbeschlüssen breit gestreut werden, aber in der breiten Lehrerschaft zu wenig bekannt sind. Daher werden wir ab März 2011 in jedem Schulblatt über die wichtigsten Entscheide im Erziehungsrat berichten. Ich bin überzeugt, dass dies zum einen dem Schulblatt wieder mehr Gewicht gibt, zum anderen jedoch auch die Entscheide des Erziehungsrates einem breiten Publikum aus dem Schulumfeld bekannt macht. Die Informationen werden zudem auch noch in einem Newsletter verbreitet – sie können sich online auf unserer Website dafür eintragen.

Nun zu den konkreten Projekten:

Sonderpädagogik

Sie wissen, dass wir intensiv an der Neugestaltung der Sonderpädagogik im Kanton St.Gallen arbeiten. Dies mündet in einer Gesetzesvorlage, welche die Regierung nächstens in eine breite Vernehmlassung geben wird. Diese Änderung des Volksschulgesetzes bildet die neue gesetzliche Grundlage für die Sonderpädagogik im Kanton St.Gallen. Da aufgrund des Sparpaketes der Gemeindebeitrag für Sonderschülerinnen und Sonderschüler erhöht werden wird, möchte die Regierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden zuerst diesen Betrag neu festlegen, bevor die Vorlage in die Vernehmlassung geht. Dies wird noch einige Wochen in Anspruch nehmen, weshalb sich der Start der Vernehmlassung nun etwas verzögern wird.

Basisstufe – Schuleingangsstufe

Die Schulversuche zur Basisstufe sind im Kanton St. Gallen bereits seit letztem Schuljahr abgeschlossen worden. In einer Vernehmlassung konnten die Verbände, die Stufenkonferenzen, der SGV und die am Schulversuch beteiligten Schulträger zur Frage der fakultativen Einführung der Basisstufe im Herbst 2010 Stellung nehmen. Grundsätzlich erhält die Idee der fakultativen Einführung der Basisstufe breite Zustimmung. Dazu sollen nun die Rahmenbedingungen konkretisiert werden. Der Erziehungsrat liess sich in diesem Zusammenhang auch einen Überblick über die heutige Situation der Einschulungsmöglichkeiten und der verschiedenen organisatorischen und pädagogischen Formen geben. Es bestehen im Kanton St. Gallen gegenwärtig mehrere Möglichkeiten wie die Kinder eingeschult werden. Der Erziehungsrat wird daher die Basis-

stufe nicht isoliert betrachten, sondern die Einschulungssituation insgesamt überprüfen. Der Erziehungsrat wird an einer nächsten Sitzung über das weitere Vorgehen beschliessen und die Öffentlichkeit informieren. Doch auch hier weise ich darauf hin, dass das letzte Wort über die Einführung der Basisstufe nicht beim Erziehungsrat liegt, sondern beim Kantonsrat. Auch die fakultative Einführung der Basisstufe bedingt eine Änderung des Volksschulgesetzes.

Aufsicht

Ein Thema, das uns im Moment neben dem Massnahmenpaket am Meisten beschäftigt, ist die Zukunft der Aufsicht, nachdem die RSA auf Ende Mai 2012 abgeschafft werden wird. Wir arbeiten hier unter grossem Zeitdruck, vor allem auch, weil wir auch hier mit einer Vorlage in den Kantonsrat müssen. Eine Projektorganisation erarbeitet zurzeit die Grundlagen für ein neues Modell für Aufsicht in der Volksschule und zur Rechtspflege. Eine kurze Vernehmlassung ist für den frühen Sommer geplant.

Vollzugshilfen Blockzeiten – Fremdsprachenunterricht

Für Sie weiter von grossem Interesse werden die Vollzugshilfen zum X. Nachtrag zum Volksschulgesetz sein, welche der Erziehungsrat in der März-Sitzung verabschieden wird. Darin wollen wir den Lehrpersonen, den Schulleitungen und den Schulräten zu verschiedenen heiss diskutierten Fragen im Rahmen der Umsetzung von Blockzeiten, Fremdsprachenunterricht, etc. Leitlinien aufzeigen. Der Erziehungsrat wird in den Vollzugshilfen Lösungswege zur Gestaltung der 1. Kindergartenlektion, zum Vorgehen bei Krankheit der Lehrperson während der Blockzeiten, zur Fragmentierung des Unterrichts, zur Organisation des Religionsunterrichts, zur Lektionentafel bzw. zur Belastung der Kinder sowie zur Erteilung des Fremdsprachenunterrichts in Halbklassen aufzeigen. Seit bald einem Jahr wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen die Problemfelder analysiert und nach Lösungen gesucht. Wir werden die Vollzugshilfen ab Ende März allen zur Verfügung stellen.

Oberstufe

Im Bereich der Oberstufe habe ich an den vergangenen Konventen viel gesagt. Das Projekt ist nach wie vor auf Kurs. Zeitgerecht sind durch den Erziehungsrat und die Regierung die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Oberstufe 2012 erlassen worden. So befindet sich die Englisch-Weiterbildung der Lehrpersonen schon seit längerem in der Umsetzung, das neue Englisch-Lehrmittel ist bestimmt, der Strukturentscheid ist gefallen und die neue Lektionentafel wurde genehmigt. Für die Phase der konkreten Umsetzung hat der Erziehungsrat das weitere Vorgehen festgelegt. Der reibungslose Übergang von der Primarschule in die Oberstufe ist allen Beteiligten ein grosses Anliegen. Verstärkte Anstrengungen dazu werden gerade im Bereich der Fremdsprachen im Rahmen der obligatorischen Blockwochen der Englisch-Weiterbildung unternommen. Momentan steht das Promotions- und Übertrittsreglement

in Diskussion. Das Übertrittsverfahren von der Primarschule in die Oberstufe soll im Grundsatz nicht geändert werden. Die Arbeit der Primarlehrpersonen und ihr Engagement haben sich insgesamt bewährt und finden Unterstützung. Das haben auch die Ergebnisse des Aufsichtsschwerpunktes der Regionalen Schulaufsicht für das Schuljahr 2009/10 gezeigt.

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen.

Wir haben in den nächsten Wochen einen steinigen Weg vor uns. Nur wenn wir alle am gleichen Strick ziehen, werden wir zum Vorteil von Ihnen allen etwas erreichen. Vertrauen sollte dabei der Grundpfeiler dieser Zusammenarbeit bilden. Ich versichere Ihnen, dass Sie auf mein Vertrauen und meine Unterstützung zählen können. Ich hoffe daher, dass wir diesen Weg zusammen gehen und am Ende unsere gemeinsamen Ziele auch erreichen.

Besten Dank.